

Pkw-Maut: wirkungslos, ineffizient, ungerecht

Gutachten: Belastung für Autofahrer und Mittelstand

Mit den von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt vorgelegten Plänen für eine Pkw-Maut sind erhebliche Belastungen von Autofahrern und mittelständischen Betrieben verbunden – insbesondere in Nordrhein-Westfalen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Kurzstudie der Schmid Mobility Solutions GmbH im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion.

„Wenn unsere europäischen Nachbarn auch damit anfangen, die Grenzzäune wieder aufzustellen wie unsere deutsche Regierung mit ihrer Maut, dann wird das für Autofahrer und Mittelstand sehr teuer werden“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Lindner auf einer Pressekonferenz. Betroffen sind vor allem Regionen mit direkter Nachbarschaft zu den Niederlanden und Belgien. Viele Menschen leben vom so genannten kleinen Grenzverkehr – ob Handel, Gastronomie oder Tourismus. Lindner: „Unser Europa von heute ist offen und frei. Deutschland sollte keinen Rückschritt provozieren.“

Die FDP kritisiert: Wenn die Pkw-Maut kommt, dann ohnehin als Vorgeschmack auf weitere Schritte zur systematischen finanziellen Belastung aller Autofahrer. CDU, CSU, SPD und Grüne feilen bereits an Plänen zur Ausweitung der Lkw-Maut und zur Besteuerung von kleinen Nutzfahrzeugen.



Trotz dieser neuen Belastungen für alle würde die Maut – so berechnen die Experten – kaum zusätzliche Einnahmen für die Infrastruktur bringen. Für das Land und die Kommunen in NRW blieben am Ende nur rund 15 Millionen Euro übrig. Zum Vergleich: Alleine für die Sanierung maroder Autobahnbrücken werden in NRW rund 5 Milliarden Euro benötigt.

Völlig ineffizient: Hohe Ausgaben, wenig Einnahmen

Die Experten kommen in ihrer Studie zu einer insgesamt verheerenden Bilanz: Die Maut-Pläne sind völlig ineffizient. Zum einen liegen die Einnahmen voraussichtlich nur bei 200 bis 250 Millionen Euro – nicht bei 600 Millionen Euro, wie von Bundesminister Dobrindt geplant. Zum anderen verschlingt allein die Bürokratie rund ein Drittel der Einnahmen. „Die Maut ist die bürokratischste Idee seit dem Dosenpfand und die ineffizienteste Steuer in Deutschland“, so Lindner.

Bestehende Einnahmen zweckgebunden nutzen

Die FDP fordert, auf die Erhebung einer Pkw-Maut vollständig zu verzichten. Die FDP-Landtagsfraktion hat das Thema bereits auf die Tagesordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen gesetzt. Nach der Sommerpause soll die Landesregierung verbindlich aufgefordert werden, im Bundesrat die Pläne zur Erhebung einer Pkw-Maut stoppen.

Zur besseren Finanzierung der maroden Verkehrsinfrastruktur sollen bereits bestehende Einnahmen genutzt werden: Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer auf Treibstoffe, Kraftfahrzeugsteuer, Lkw-Maut – schon heute summieren sich diese Abgaben auf rund 53 Milliarden Euro. Zudem: Deutschland braucht eine Initiative für mehr privates Kapital und Know-how. Im Straßenbau gibt es Erfahrung mit öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP). Risiken, wie sie der Bundesrechnungshof kürzlich aufgezeigt hat, sind mit ÖPP-Modellen der zweiten Generation beherrschbar. Privat verantwortete Verkehrsprojekte werden schneller realisiert und liefern eine überdurchschnittliche Bauqualität.

- [Pressegespräch zur Vorstellung der Kurzstudie](#)
- [Kurzstudie im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion](#)
- [Zusammenfassung der Kurzstudie](#)

Statements zur Vorstellung der Kurzstudie: Wirkungsanalyse Pkw-Maut – Folgen für Nordrhein-Westfalen

„Diese provinzielle Maut verursacht neue Bürokratie für Bürger und Behörden. Sie bringt fast keine Einnahmen. Aber die deutschen Autofahrer werden in den kommenden Jahren mit Sicherheit stärker zur Kasse gebeten. Dieses Projekt von Verkehrsminister Dobrindt und der CSU ist völlig verkorst. Das sollten sich die Deutschen nicht gefallen lassen.“
Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion

„Alleine für die Ertüchtigung von Autobahnbrücken in NRW brauchen wir ca. fünf Milliarden Euro. Die Pkw-Maut ist also nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.“
Frank M. Schmid, Geschäftsführer Schmid Mobility Solutions GmbH

„Die Kraftfahrer zahlen bereits heute rund 53 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben an den Staat. Davon muss deutlich mehr als bisher zweckgebunden in den Straßenbau zurückfließen.“
Christof Rasche, Parlamentarischer Geschäftsführer und verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion

NRW muss Bundesmittel nutzen

Im vergangenen Jahr musste Nordrhein-Westfalen 42 Millionen Euro für den Ausbau und Erhalt von Bundesfernstraßen an den Bund zurückzahlen. Die Mittel konnten in NRW nicht verbaut werden, weil es nicht genügend baureife Projekte gab. So etwas darf sich nicht wiederholen. Wenn die Bundesmittel ohnehin nicht ausreichen, dann muss NRW wenigstens die eigenen Hausaufgaben machen, um das Geld abrufen zu können. Aus Sicht der FDP darf die dringend notwendige Verstärkung der Planungskapazitäten beim Landesbetrieb Straßen.NRW nicht der Haushaltssperre zum Opfer fallen.